

Kommt ROK wieder ?

Voraussichtlich im Juni wird der Bundesrat darüber entscheiden, ob die Länder und Kreise die Möglichkeit bekommen wieder KFZ-Kennzeichen ehemaliger Kreise zu vergeben.

Bei einer durch die Fachhochschule Heilbronn in Rockenhausen durchgeführten Befragung sprachen sich knapp 80 % aller Befragten, darunter über 90 % der 16- bis 31-Jährigen für die Wiedereinführung des Kennzeichens ROK aus.

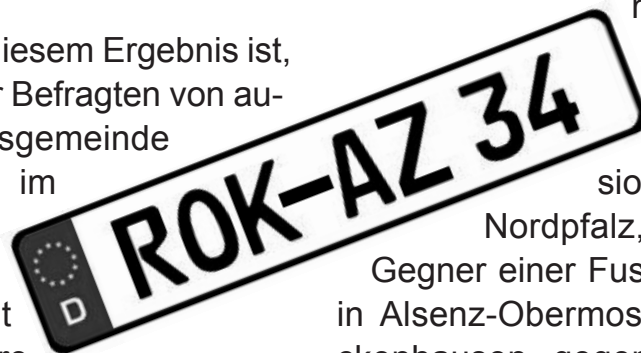
Ebenso interessant an diesem Ergebnis ist, dass sich auch 67 % der Befragten von außerhalb der Verbandsgemeinde Rockenhausen, aber im „Altkreis“ ansässig, dieses Kennzeichen wieder wünschen. Handelt es sich hierbei um pure Nostalgie oder wäre dies sinnvoll für Rockenhausen und die umliegenden Gemeinden?

Volkswirtschaftsprofessor Bochert von der Hochschule Heilbronn, der diese Initiative und Befragung in die Wege geleitet hat, ist vom praktischen Nutzen überzeugt: „Ein KFZ-Kennzeichen aus dem auf die Stadt und Region rückgeschlossen werden kann, stärkt die Identifikation der Bewohner mit ihrer Region und macht diese nach außen bekannt.“ Von beidem könnten Rockenhausen und Umgebung nur profitieren, anders

als von „KIB“, das diesen Effekt nur für Kirchheimbolanden bewirkt. Unverständlich deshalb, dass sich der Fraktionsvorsitzende der CDU im Stadtrat, Gunther Rhein, dagegen ausspricht – als Einziger übrigens des ganzen Rates.

Die Diskussion über die Wiedereinführung des Kennzeichens kommt auch nicht zum falschen Zeitpunkt, wie CDU-Ratsmitglied Dietz mit Blick auf die mögliche Fusion Rockenhausen – Alsenz-Obermoschel meint. Zum Einen steht die Entscheidung des Bundesrates jetzt an, unabhängig von Fusionsüberlegungen in der Nordpfalz, zum Andern sind die Gegner einer Fusion mit Rockenhausen in Alsenz-Obermoschel nicht wegen Rockenhausen gegen diesen Zusammenschluss, sondern weil sie einen Kreis Bad Kreuznach mit seiner Kreisstadt dem Donnersbergkreis mit der Kreisstadt Kirchheimbolanden vorziehen. Was im Übrigen auch daraus deutlich wird, dass sich von den Befragten im Altkreis, ohne die Rockenhauser selbst, 67 % für das alte Kennzeichen ausgesprochen haben.

Der Stadtrat hat sich für die Wiedereinführung des Kennzeichens ROK ausgesprochen und den Kreis gebeten, diese Bemühungen zu unterstützen und die Wiedereinführung zu ermöglichen.



EnIRo macht sich auf den Weg

Atomstrom hat in Deutschland keine Zukunft. Zurecht! Ein halbes Jahr nachdem sie die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke im Bundestag durchgesetzt haben, mussten dies auch CDU/CSU und FDP akzeptieren und wagen seither nicht mehr, eine andere Position zu vertreten. Energiegewinnung ohne Atom heißt aber auch, dass die erneuerbaren Energien wie Sonne und Wind die Rolle von Atom und klimafeindlicher Kohle und anderen fossilen Energieträgern übernehmen müssen.

Um dies zu erreichen, müssen geeignete Flächen zur Verfügung gestellt werden und Solar- und Windkraftwerke gebaut werden. In unserer Verbandsgemeinde gibt es diese Flächen. Und die Gesetzgebung wird die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese von interessierten Unternehmen des Energiegeschäfts genutzt werden können, wenn nicht Verbandsgemeinde und Ortsgemeinden die jetzt schon im Rahmen ihrer Planungshoheit gegebenen Möglichkeiten nutzen und geeignete Flächen zur Verfügung stellen.

Hierbei gibt es zwei Alternativen:

Verbandsgemeinde und Gemeinden können die Flächen im Rahmen ihrer Bauleitplanung ausweisen und sie durch Private nutzen lassen. So geschieht es bisher landauf landab. Oder Verbandsgemeinde und Gemeinden suchen eine Möglichkeit, die Nutzung selbst vorzunehmen.

Im ersten Fall geht das Geld, das mit der Nutzung der erneuerbaren Energien verdient werden kann – und das ist viel Geld, siehe die Entwicklung von JUWI in 15 Jahren von zwei Personen bis heute 1500 Beschäftigte – zum überwiegenden Teil an Firmen außerhalb unserer Verbandsgemeinde; bis auf das was Grundstückseigentümer an Pacht und die Gemeinden für die Wegenutzung bekommen. Im anderen Fall bleibt auch das Geld, das die Unternehmen verdienen in der Verbandsgemeinde und kommt der Allgemeinheit zu Gute.

Verbandsgemeinderat und Ortsbürgermeister haben sich deshalb auf Vorschlag von Bürgermeister Seebald dafür entschieden, die

Nutzung der Windenergie durch ein eigenes gemeinsames Unternehmen vorzunehmen.

EnIRo soll es heißen, das ist die Abkürzung für *Erneuerbare Energie- und Infrastrukturprojekte Rockenhauser Land*. Nach dem zustimmenden Beschluss des Verbandsgemeinderates – gegen die Stimme, wie sollte es anders sein, von FWG-Hyner – werden jetzt alle Ortsgemeinderäte entscheiden, ob sie sich an EnIRo beteiligen wollen.

NaturEnergie



Rockenhauser Land GmbH

Wie sinnvoll das ist, zeigt das Beispiel NERo, dem VG-Unternehmen zur Nutzung von Solarenergie. Trotz Investitionen von rd. sieben Millionen Euro, die zu 100 % über Kredit finanziert wurden, wurde bereits im Jahr 2011, ein Jahr nach Gründung von NERo ein Gewinn von rd. 140.000,- € erzielt. Ein Gewinn, der in Höhe des Anteils der Verbandsgemeinde zu 100 % in der Verbandsgemeinde bleibt und der Allgemeinheit zu Gute kommt. Auch hier hat übrigens FWG-Hyner dagegen gestimmt.

Ein weiterer großer Vorteil, wenn Gemeinden und Verbandsgemeinde selbst entscheiden, welche Flächen für Windräder freigegeben werden, liegt darin, dass die Haltung der Menschen vor Ort und die Beurteilung welche Landschaften von Windrädern frei bleiben sollten, unmittelbar in die Entscheidung vor Ort einfließen können. Anders als wenn dies durch den Gesetzgeber in Mainz geschieht.

Zukunftsfähige Politik für unsere Verbandsgemeinde heißt deshalb: Ja zur Nutzung regenerativer Energien vor Ort, ja zur Nutzung dieser Energien durch Gemeinde und Verbandsgemeinde selbst und Nutzung regenerativer Energien nur dort, wo dies ohne Beeinträchtigung der Interessen von Mensch und Natur geschehen kann.

immer aktuell

Wenn SCHLECKER eine Bank wäre ...



Die FDP und die Schlecker-Frauen

Die Anstrengungen des baden-württembergischen Wirtschaftsministers Nils Schmid (SPD) waren vergeblich. Der Insolvenzverwalter hatte um staatliche Unterstützung gebeten, um eine Transfergesellschaft finanzieren zu können. Diese hätte die Beschäftigten auffangen sowie qualifizieren können und ihnen mehr Zeit für die Suche nach einer neuen Arbeit verschafft. Jetzt gehen die Schlecker-Frauen direkt in die Arbeitslosigkeit. Die Bereitschaft der Länder für einen 70-Millionen-Kredit der staatlichen KfW-Bank scheiterte vor allem an der FDP. Die hatte sich mit den typisch marktliberalen Argumenten gegen einen Kredit und gegen Bürgschaften ausgesprochen.

Dabei messen die „Liberalen“ bei ihren Argumenten mit zweierlei Maß, wie es gerade so passt. Erinnern wir uns: Bei der Insolvenz von Quelle wurde der dem insolventen Unternehmen gewährte Massekredit in Höhe von 21 Millionen Euro „ein ordnungspolitisch vertretbares Instrument“ genannt. Nach der Insolvenz des Wohnwagenherstellers Knaus-Tabbert rühmt die bayrische FDP die Münchener Staatsregierung für die Gewährung einer Staatsbürgschaft. Eigenartigerweise oder natürlich haben die beiden Firmen ihren Unternehmenssitz in Bayern! Dort sitzt die FDP (noch) mit am Regierungstisch.

Warum aber wäre die Bürgschaft auch für die verbleibenden Schlecker-Angestellten wichtig gewesen? Beim Wechsel in eine Transfergesellschaft hätten die Betroffenen auf ihr Recht verzichtet, eine Kündigungsschutzklage einzureichen. Die dadurch gewonnene Rechtssicher-

heit wäre bei der Suche nach einem neuen Investor von großem Vorteil gewesen. „Einige potenzielle Investoren hätten ihr Interesse davon abhängig gemacht, dass es eine Transfergesellschaft gebe“, sagte Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz in der ARD.

Die FDP ist ausgesichert und hat eine gute Gesamtlösung platzen lassen und damit 11.000 Schlecker-Frauen in die Arbeitslosigkeit geschickt. Für ihre Entlassungsschreiben können sie sich bei der Splitterpartei FDP bedanken. Den Liberalen sind die Schicksale der Frauen egal, ihr geht es allein um ihre Klientel – und dazu gehören Frauen, die als Angestellte im Drogeriemarkt arbeiten, eben nicht. Diese FDP handelt verantwortungslos und ohne Herz. Bankenrettung erwärmt liberale Herzen, für die Menschen haben sie nichts übrig.

Es ist unerträglich, dass die von Arbeitslosigkeit bedrohten Frauen auf die Zustimmung dieser 1,2 Prozent-Partei angewiesen sind. Von den Folgen der Schlecker-Pleite sind mehr Frauen betroffen, als die FDP im Saarland Wähler hat. Aber diese Frauen haben in dieser Partei keine Lobby.

Wenn es um die Rettung von Banken geht, werden quasi über Nacht milliardenschwere Pakete geschnürt. Aber diesmal ging es um 11.000 Frauen, die gerade auf dem Land große Schwierigkeiten haben werden, woanders unterzukommen. Für sie war die FDP nicht bereit, über ihren neo-liberalen Schatten zu springen. Die FDP hat die Schlecker-Frauen aus ideologischen Gründen im Stich gelassen.

Wir dürfen aber auch die Rolle der Bundeskanzlerin nicht vergessen. Angela Merkel (CDU) hat die FDP im Streit um die Schlecker-Insolvenz unterstützt. Die Kanzlerin ließ über ihren Sprecher Steffen Seibert vermelden, es gebe Gründe für eine Transfergesellschaft, und es gebe „sehr gute Gründe dagegen“. Ihr Sprecher meinte, eine Auffanggesellschaft sei ein „Mittel aus der Zeit der Massenarbeitslosigkeit, als in Arbeitsämtern volle Flure waren und geringe Vermittlungschancen“. 11.000 Menschen machen die Flure wohl nicht voll genug!



Schloss: Pacht deckt Zins und Tilgung

Die Stadt hat das Erbbaurecht von der Schlosshotelgesellschaft, gegen Übernahme der Verbindlichkeiten der Gesellschaft, zurück erworben. Der Stadtrat hat das mit großer Mehrheit beschlossen, weil er verhindern wollte, dass aus einem Konkurs der Gesellschaft heraus das Schloss in fremde Hände kommt und die Stadt keinen Einfluss mehr hat, wie und wozu es genutzt wird.

Zu wichtig ist aber das Gebäude aus stadtgeschichtlichen Gründen sowie aus gastronomischen und touristischen Gesichtspunkten und

für die Wirtschaft in unserer Verbandsgemeinde, als dass dies geschehen dürfte.

Das alles ist bekannt. Nicht hinreichend bekannt ist aber, dass die Pacht, die die Stadt erhält, Zins und Tilgung für den Kredit deckt, den die Stadt aufnehmen musste, um die bestehenden Verbindlichkeiten der Gesellschaft abzulösen.

Dadurch unterscheidet sich diese Investition der Stadt von anderen Investitionen von Städten, Gemeinden und Landkreisen für Einrichtungen wie Schwimmbäder, Bürgerhäuser, Theater, Sport- und Veranstaltungshallen usw.. Bei diesen reichen die Einnahmen niemals aus, um die für die Investition aufgenommen Kredite zu bezahlen, sondern hierfür müssen immer allgemeine Steuermittel verwendet werden – bei uns ist das nicht der Fall!

Folgen schwarz-gelber Politik in Berlin für die Nordpfalz

Seit der Bundestagswahl sind zweieinhalb Jahre vergangen. Kaum zu glauben, was den Bürgern so alles versprochen und dann doch nicht gehalten wurde. Steuersenkungen nur für Hotelbesitzer, kein klares Bekenntnis zu Europa, die unsinnige *Herdprämie* und so weiter und so fort.

Gibt es aber direkte Folgen dieser ungenügenden Berliner Politik für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Region?

Drei Beispiele werden hier betrachtet:

Ortsumgehung Imsweiler

Eine unendliche Geschichte! Jeder in der Nordpfalz weiß um die Notwendigkeit der für die Arbeitsplätze in unserer Region wichtigen Anbindung an die Autobahn. Ebenso ist bekannt, dass hier die Verkehrsbelastung durch LKW mit an der Spitze bei den rheinland-pfälzischen Projekten im Bundesverkehrswegeplan liegt. Nach vielen Jahren wurde der Einsatz des Wahlkreisabgeordneten Gustav Herzog belohnt. Unter einer SPD-geführten Regierung in Berlin wurde dieses Projekt im Bundesverkehrswegeplan in den vordringlichen Bedarf gehoben. Und jetzt: Seit Jahren werden *Vorentwurfsunterlagen* erstellt. Ein Fortschritt ist nicht zu erkennen. Ob die lokalen CDU-Größen in Berlin mal nachgefragt haben?

Einspeisevergütung Sonnenenergie

Die Entwicklung der Solarbranche ist eine Erfolgsgeschichte, gerade auch in unserer Region. Mit der geplanten Kürzung der Einspeisevergütung um bis zu 30 Prozent gefährdet schwarz-gelb massiv Arbeitsplätze.

Dabei ist die schrittweise Abschmelzung der Einspeisevergütung bereits im von rot-grün beschlossenen *Erneuerbare-Energien-Gesetz* (EEG) integriert. Nun planen CDU und FDP nach 2010 das zweite Mal eine Kürzung über die bereits vorgesehene Absenkung hinaus.

Kosten Kinderbetreuung

Für unsere Kommunen ist angesichts der finanziellen Situation der Ausbau der Kindertagesbetreuung schon heute nur mit äußerster Kraftanstrengung möglich. Von der Bundesregierung ist Hilfe für eine Umsetzung des Rechtsanspruchs für die Kinderbetreuung von unter Dreijährigen nicht zu erwarten.

Statt, wie die Bundesregierung, Steuergeschenke und *Herdprämien* zu verteilen, wäre es sinnvoller, eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten. Die Kommunen dürfen nicht die Zeche für den unterfinanzierten Kita-Ausbau zahlen!